Sonnabend, 20. Juni 1925 • 73. Jahrgang Nr. 289

Heute: Jede Woche Musik

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Verantwortlicher Redakteur: Otto Ruschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Zufuhr in Fleisch normal
Preise auf bisheriger Höhe

Rindfleisch 0,90—1,15, Rindfleisch ohne Knochen 1,25—1,90, Kalbfleisch 0,95—3,00, Hammelfleisch 1,00—1,40, Schweinefleisch 0,95—1,70, Gefrierfleisch 0,50—0,95, Rückenfett 0,90—1,10, Schweinelleisen 0,90—1,10, Rindertalg ausgelassen 0,70—0,80, Butter 1,60—2,20, Eier 0,10—0,14, Kartoffeln 10 Pfd. 0,35—0,40, neue Pfd. 0,15—0,25, Zwiebeln 0,15—0,20.

Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit 0,05 | Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rohrpostk. 0,30, brieflo 0,40 | Dtschl., Belg., Dän., Danz. Lit.,
Postk. 0,03, F. u. Oest. 0,05 | Nrtl. Schweiz 0,10, Frankr. 0,16
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10 | Dtschösterr., Norw., Tschech. 17
Brief 0,06, Fern- u. Oest. 0,10 | Ital. 18, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20 | Russl. 35-41, Ver. Staat. 125-295

Optimismus am Quai d'Orsay

Man hofft auf guten Fortgang der Paktverhandlungen — Die Furcht vor dem Einfluß Moskaus

Paris, 20. Juni.

Am Quai d'Orsay wird erklärt, daß nach den aus Berlin erhaltenen Nachrichten der Eindruck der französischen Note nicht ungünstig gewesen sei. Einige Stellen des französischen Dokumentes werden von der Reichsregierung für unklar gehalten. Gestern ist im Außenministerium um eine genaue Erläuterung dieser Sätze ersucht worden. Die Antwort wird wahrscheinlich heute noch abgehen. Offiziös wird am Quai d'Orsay versichert, daß die Verhandlungen weiter gehen werden, und daß man sie nicht für aussichtslos hält.

*

Dieser offiziöse Optimismus wird von der Pariser Presse nicht für richtig gehalten. Die Berichte der Berliner Korrespondenten melden übereinstimmend, daß die Aufnahme der Note in Berlin kühl gewesen sei und daß gewisse Forderungen Frankreichs (besonders der bedingungslose Beitritt zum Völkerbund und die Garantie für die Sicherung der Schiedsgerichte mit Polen und der Tschechoslowakei) Bedenken erregen. Die ausführlichste Analyse der Berliner Stimmung gibt der „Petit Parisien", Dem Korrespondenten dieses Blattes ist von einer offiziellen Persönlichkeit versichert worden, **daß die Bedenken gegen den bedingungslosen Beitritt zum Völkerbund nicht durch eine „scheinbare Abmachung mit Rußland", sondern durch die Situation des entwaffneten Deutschland zu erklären sind.** Obwohl über diese Tatsache bei den maßgebenden Politikern Frankreichs bereits seit einiger Zeit kein Zweifel mehr besteht, bleibt die öffentliche Meinung noch immer besorgt. Die Anwesenheit des Grafen Brockdorff-Rantzau in Berlin wird mit den Verhandlungen über den Sicherheitspakt in Verbindung gebracht. Mehrere Zeitungen berichten über die Unterhaltungen, die Stresemann mit Brockdorff-Rantzau gehabt hat. **Es wird angedeutet, daß Graf Brockdorff-Rantzau den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund verhindern wolle, um die Beziehungen zu Rußland nicht zu stören.**

Skrzynski über den polnischen Standpunkt

„Die Unberührtheit der Friedensverträge"

Warschau, 20. Juni.

Außenminister Skrzynski setzte in der auswärtigen Kommission des Sejm die Ansicht der polnischen Regierung über die französische Garantiepaktnote auseinander. **Für Polen sei unabänderlicher Grundsatz die Unberührtheit der Friedensverträge.** Den gegenwärtigen Moment könne man in der langen Periode der Sicherheitsverhandlungen als günstigen Augenblick bezeichnen. Frankreich reiche die Hand zum Frieden. Sache Deutschlands sei es jetzt, diese anzunehmen oder abzulehnen. Wenn es die Hand ergreife, könne es aus der feindlichen moralischen Nachkriegsisolierung heraus und werde mitarbeiten am Weltfrieden. **Deutschland wolle, daß man den Krieg vergesse, Polen wünsche dasselbe.** Um jedoch Helfer und Wächter der allgemeinen Sicherheit und des Friedens zu sein, müsse man aufhören, ein Feind der Verträge zu sein.

Die Dominions fast alle gegen den Pakt

sagt der „Daily Expreß"

London, 20. Juni. (W. T. B.)

Der paktfeindliche „Daily Expreß" glaubt melden zu können, daß die Auffassung in beinahe allen britischen Dominions bestimmt und endgültig gegen den geplanten Pakt sei. Das Blatt bringt zur Unterstützung dieser Angabe mehrere Blätterstimmen aus Kanada, Südafrika und Neuseeland, ferner eine Aeußerung des „wahrscheinlich nächsten australischen Premiers", des Arbeiterführers Charlton, der Chamberlains Plan als ungeeignet für den beabsichtigten Zweck einer Bekämpfung des Krieges bezeichnet habe.

Schnelldienst

Scheich Abdullah und drei andere kurdische Aufständische sind zum Tode, fünf weitere Angeklagte zu je zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Am Montag wird die Sondersitzung des britischen Kabinetts stattfinden, auf der Chamberlain über seine Reise berichten wird und auf der die Regierung sich über die von Chamberlain im Unterhaus zu machende Erklärung einigen wird.

Der Straßenbahnerstreik in Frankfurt a. M. ist seit heute früh beendet, nachdem der Stundenlohn von 72 auf 79 Pfennig erhöht worden ist.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist an Blinddarmentzündung erkrankt.

In Meran wurden sechs weitere Verhaftungen vorgenommen, die wahrscheinlich ebenfalls mit der Schändung des Trogmannbenkmals im Zusammenhang stehen.

Die Leiche des Senators La Follette wurde gestern vom Washingtoner Kapitol aus in seine Heimatstadt Madison im Staate Wisconsin übergeführt. (Funkspruch.)

Die Jahrtausendfeiern haben nunmehr auch in allen Städten und Ortschaften des Saargebietes begonnen.

Mit der Festveranstaltung der Stadt Koblenz fand die Jahrtausendfeier der Rheinprovinz heute einen glänzenden Abschluß.

Der Präsident von Finnland, Relander, traf heute in Stockholm ein.

Oberst Bauer — „Bolschewist"!

Er macht den „Nationalen" tiefen Kummer

Unsern teutschen Nationalisten ist ein schauderöses Pech widerfahren. Ein von ihnen vergötterter „Heros", Ludendorffs Intimus Oberst Bauer, hat ein Buch „Das Land des roten Zaren" veröffentlicht, in dem er sich sozusagen zum bolschewistischen Rußland bekehrt. Er hat auf Einladung der Sowjetrepublik Rußland besucht und das Buch als Frucht seiner Reise herausgegeben.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung" nimmt davon mit „tiefem" Bedauern Kenntnis und sieht nun ihren ehemaligen Heros als Verlorenen an. Man fühlt ordentlich das Bibbern des Blattes in seinen folgenden Worten:

„Ein Mann wie Oberst Bauer ist aus Rußland zurückgekehrt mit der Ueberzeugung, daß das Urteil Europas zurückgestellt werden müsse, und daß die Sputgeschichten, die über Form und Inhalt des Sowjetstaates kursieren, zu widerlegen seien . . . ein Rauschgift . . . Oberst Bauer sagt, daß er sich selten so wohl und sicher gefühlt habe wie in Rußland . . . Fast alles von Oberst Bauer angeführte liegt abseits der Wirklichkeit . . . Der Fremde kann sich dort unmöglich ein Bild von dem namenlosen Elend machen, das die Judenherrschaft über Rußland gebracht hat."

Aha! Was von Juden kommt, muß natürlich verwerflich sein; das verlangt die deutschnational-völkische Moral. Daß die überragendsten Moskauer Führer keine Juden sind, daß beispielsweise der bedeutende Lenin kein Jude, sondern ein Russe war, spielt keine Rolle — wenn nur einige dabei sind. Als in der deutschen Reichsregierung ein Jude saß, ja sogar als sie später „ganz rein" davon, aber noch demokratisch war, sprachen unsere „Nationalen" auch stets von der „Judenregierung", wie sie die uralte rein deutsche schwarzrotgoldene Fahne auch stets die „Judenfahne" nannten. Darin bleiben sie offenbar kindisch. Daß sie aber alles von Oberst Bauer Gesehene und Eingesehene als falsch erklären — weil es ihnen nicht paßt —, geht über das politisch zugelassene Maß von Beschränktheit hinaus.

Nach der Meinung dieser Leute lernt man offenbar die russischen Verhältnisse nicht in Rußland selbst kennen, sondern nur, wenn man in Berlin in der „Deutschen Zeitung" sitzt und sich gelegentlich mal mit einem vertriebenen zaristischen Adligen unterhält. Für jene, ihrer Privilegien Beraubten ist natürlich das ganze heutige Rußland „falsch"; und da unsere frühere deutsche Herrschaftskaste ähnlich denkt, so finden sich diese edlen Seelen sehr schnell. Es geht aber doch gegen den letzten Rest vernünftiger Ueberlegung, den gewaltigen Umwälzungsprozeß in Rußland mit ein paar läppischen Bemerkungen über „Judenherrschaft" abzutun. Man mag über die Methoden streiten — darüber streitet man auch unter den Sowjetleuten selbst, und sie wandeln sich von Jahr zu Jahr; immer Neues wird versucht —, man muß als Kulturmensch die ursprünglichen blutigen Gewaltmethoden der Bolschewisten verurteilen, schon weil sie nicht Liebe, sondern neuen Haß säen; aber darin hat Oberst Bauer zweifellos recht: das Urteil Außenstehender über das, was in Rußland wird, muß bis zum endgültigen Erfolge oder Untergang zurückgestellt werden. Und die „Deutsche-Zeitungs"-Leute sollten ihrem einstigen Halbgott wenigstens in dieser vernünftigen Erwägung folgen.

Aeußere und innere Sorgen

Sitzung des Reichskabinetts

Das Reichskabinett trat heute vormittag in der Reichskanzlei zu einer Sitzung zusammen, in der dringende außen- und innenpolitische Angelegenheiten behandelt wurden. Im Anschluß daran fand eine Ministerbesprechung statt.

In der Kabinettssitzung wurden vor allem die Schritte erwogen, die die Regierung zur weiteren Fortführung der Sicherheitsfragen unternehmen müßte. Nachdem der Schlußbericht der Militärkontrolle Anfang der nächsten Woche mit dem dazu notwendigen Material zusammen vorliegen wird, ist nunmehr die Einberufung der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder vorgesehen. Innenpolitisch wurde die Zollvorlage und die Auseinandersetzung darüber im Reichstag die am Montag beginnt, durchgesprochen.

Verschiebung der Zollberatung?

Die ungeklärte Geschäftslage des Reichstages

Der Reichstag eröffnete heute mittag kurz nach 1 Uhr seine Sitzung in Anwesenheit von knapp zwei Dutzend Abgeordneten. Es wurden einige kleine unbedeutende Vorlagen erledigt und die Beratung des Etats beim Reichsministerium des Innern beim Kapitel „Gesundheitswesen" fortgesetzt.

Die Geschäftslage des Reichstags ist im Augenblick noch ungeklärt. Es war ursprünglich beabsichtigt, am Montag mit der Beratung der Zollvorlage in erster Lesung zu beginnen. Das ist aber nun im Augenblick wieder fraglich geworden, da die Zollvorlage nach den Beschlüssen des Reichsrats den Reichstagsabgeordneten bis zur Stunde noch nicht zugegangen ist. Sie befindet sich allerdings in Druck und es ist möglich, daß sie noch heute Nacht ausgegeben werden kann. Ursprünglich war geplant, heute mittag eine Sitzung des Aeltestenrats zur Festlegung der Geschäftslage stattfinden zu lassen. Die Sitzung ist aber ausgefallen und es steht momentan noch nicht fest, wann die Behandlung der wichtigen Zollvorlage vor sich gehen soll.

Kein Fragebogen

„Petit Parisien" berichtet, die deutsche Regierung habe einen Fragebogen nach Paris gesandt, in welchem um Klärung der strittigen Punkte der Sicherheitsnote nachgesucht wird. Hierzu wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß ein solcher Schritt bisher nicht erfolgt ist. Die Meldung dürfe daraus zurückzuführen sein, daß der französische Botschafter bei seiner Rücksprache bei dem Außenminister Stresemann, darauf hingewiesen hat, daß über manche Punkte der Note Klarheit geschaffen werden muß.

*

Die Ebertstraße. Das preußische Kabinett wird am Dienstag zu einer Sitzung zusammentreten, in der die Frage der Umbenennung der Budapester Straße in Friedrich-Ebert-Straße endgültig geregelt werden soll.

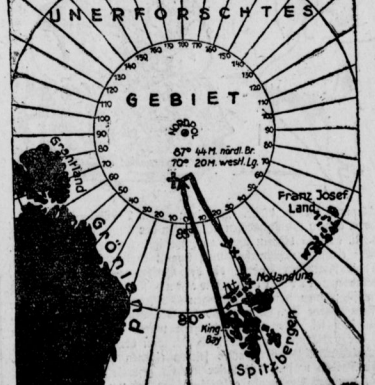
Grzesinsky gegen die Polizeiübergriffe

gegen die chinesischen Studenten

Wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, mißbilligt der Berliner Polizeipräsident das Vorgehen der Polizeibeamten gegen die chinesischen Studenten in der kommunistischen Versammlung. Der Präsident hat gegen die beteiligten Beamten ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, über dessen Ergebnis wir berichten werden.

Tschitscherin bei Stresemann

Der russische Minister des Aeußern Tschitscherin, der sich auf der Durchreise in Berlin aufhielt, ist gestern vom Reichsaußenminister Stresemann zu einem kurzen Besuch empfangen worden.



Amundsens Polarflug
Die Flugstrecke und der nördlichste Punkt

Polen verhandelt weiter

Warschau, 20. Juni. (W. T. B.)

Unter dem Vorsitz Grabskis beschloß der Warschauer Ministerrat, die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland fortzusetzen. Es soll nach den neuen Direktiven der Abschluß eines Handelsprovisoriums freiwirtschaftlichen Charakters erstrebt werden.

Breslau, 20. Juni.

Die polnische Regierung hat auf Vorstellungen der oberschlesischen Industrie den ostoberschlesischen Städten eine Anleihe von zehn Millionen Zloty bewilligt, die vor allem zu Straßenbahnbauten, bei denen 15 000 Erwerbslose Beschäftigung finden sollen, verwendet werden. Gleichzeitig ist beschlossen worden, die Kleinbahn, die das gesamte oberschlesische Industrierevier durchzieht, bis in das Dombrowaer Kohlengebiet zu verlängern, um dadurch Oberschlesien enger an die polnischen Industriezentren anzuschließen. Gegen die